

Verbände]

Während in der soziologischen Theorie bei Weber der „Verein“ eine bestimmte Form eines Verbandes ist, und bei Tönnies der **typischste** Verband, werden heute gemeinhin „Vereine“ und „Verbände“ nebeneinander gestellt.

Verbände greifen als Interessenvertretung (*Interessenverband*) ihrer **Mitglieder** weiter aus und sind nicht nur Zusammenschlüsse von Einzelpersonen (**natürlichen Personen**), sondern auch solche von Vereinen oder Unterverbänden (**juristischen Personen** - siehe auch **rechtliche Definition eines Verbandes**), sowie die gebietshoheitlichen **Gebietskörperschaften** eines Staatswesens und andere **Selbstverwaltungskörperschaft**. Sie haben eine eigene Verfassung (**Satzung**, Statut) und gemeinsame, verbindliche und längerfristige Ziele. Sie vertreten die Interessen ihrer Mitglieder gegenüber dem Staat und anderen Interessengruppen. Als Interessenverbände sind sie meistens im Bereich des **Dritten Sektors** zwischen Staat und Markt angesiedelt. Für die eigenen Mitglieder spielt auch ihre **Dienstleistungsfunktion** eine wichtige Rolle.

Aufgaben

Verbände erfüllen vielfältige Aufgaben innerhalb des politischen Systems. Durch ihre Möglichkeiten, gesellschaftliche Bedürfnisse an politische Entscheidungsträger heranzutragen, stärken sie die **Legitimität** politischer Entscheidungen. Sie werden daher oftmals auch als **Intermediäre**, als Mittler zwischen Gesellschaft und Politik bezeichnet. Innerhalb der Verbände kommt es durch die **Aggregation** von Interessen zu einer Komplexitätsreduktion der Problemstellungen. Die politische Meinungslandschaft wird somit für die Bürger überschaubarer und einfacher verständlich. Auf der internen Ebene entwickeln Interessengruppen eine integrative Wirkung, da sie politische **Partizipation** für die Bürger ermöglichen. Politische Kompromisslösungen können durch die Beteiligung von Interessengruppen einen höheren Akzeptanzgrad erreichen, da die Verbände besser dazu in der Lage sind, diese Kompromisse an ihre Mitglieder zu vermitteln ^[1]. Verbände sind nicht zuletzt Stätten der politischen Bildung und Integration innerhalb einer Gesellschaft ^[2].

Asymmetrische Verbandslandschaft

Wenn man die Verteilung der beim **Bundestag** eingetragenen Verbände analysiert, wird deutlich, dass wirtschaftliche **Interessen** mit 64,5% der eingetragenen Gruppierungen eindeutig am stärksten vertreten sind. Auch der **Organisationsgrad** erreicht bei Verbänden der Wirtschaft die höchste Ausprägung. Der Organisationsgrad ist dabei definiert als: „Anteil der Mitglieder von Interessenorganisationen an denjenigen, deren Interessen Vertreten werden sollen.“^[3]. Während dieser Wert bei Bauern- Ärzte und Handwerksorganisationen 90% und bei Unternehmensverbände der Industrie 70-85% beträgt, erreicht der **Organisationsgrad** der Arbeitnehmerorganisationen nur unter 30%. Ein möglicher Ansatz, um diese **Asymmetrie** innerhalb der Verbandslandschaft zu erklären, ist die Problematik des **Trittbrettfahrens**. Wenn man davon ausgeht, dass eine durch Verbände durchgesetzte Verbesserung allen zugute kommt und der individuelle Nutzen eines Individuums zu gering ist, um einen signifikanten Unterschied zwischen einer Beteiligung und einer Nichtbeteiligung herzustellen, besteht für ein rein nach dem Kosten-Nutzen Kalkül handelndes Individuum kein Anreiz, sich an der Verbandsarbeit zu beteiligen. Das Individuum vermeidet so die entstehenden materiellen und immateriellen Kosten der Verbandsarbeit und profitiert dennoch von den durchgesetzten Verbesserungen ^[4]. Weitere mögliche Gründe für die asymmetrische Machtverteilung innerhalb der Verbandslandschaft können durch Kommunikations- und Integrationsschwierigkeiten innerhalb sowie zwischen den einzelnen Verbänden entstehen. Vor allem die Tatsache, dass die Ergebnisse eines Engagements oft erst spät sichtbar werden und der einzelne das Gefühl hat, seine Einflussmöglichkeiten wären verschwindend gering, schrecken oftmals von einer aktiven Verbandsarbeit ab. Des

weiteren ist die Finanzierung der Verbandsarbeit oft problematisch, wenn keine zahlungskräftigen Mitglieder rekrutiert werden können. Auch die Art der vertretenen Interessen kann ausschlaggebend für den Erfolg von Verbandsarbeit sein. Insbesondere für **heterogene** Interessen ist es schwierig sich zu organisieren, wohingegen Spezialbedürfnisse geringere Schwierigkeiten haben einen gemeinsamen Nenner zu finden. Der Grad der **Konfliktfähigkeit** einer Organisation kann als weiterer wichtiger Faktor für den Erfolg einer Interessengruppe angesehen werden, da die Fähigkeit kollektiv eine Leistung zu verweigern oder glaubhaft eine Leistungsverweigerung anzudrohen den Forderungen einer Gruppe die nötige Durchsetzungsfähigkeit verleihen kann ^[5]. Direkte Verbindungen zu politischen Entscheidungsträgern, das Eingebundensein in Entscheidungsnetzwerke und Think-Tanks ist eine weitere Einflussmöglichkeit der Verbandsarbeit und oftmals entscheidend für ihren Erfolg.

- Stärkung schwacher Verbände

Um traditionell schwache Interessengruppen zu fördern, kann der **Staat** sich dazu entschließen, diese durch Steuermittel zu fördern oder auch in staatliche **Beratungsgremien** zu integrieren. **Verbraucherorganisationen** werden oft maßgeblich durch staatliche **Beihilfen** finanziert. Um den Einfluss starker Interessengruppen abzuschwächen, können gesetzliche Rahmenbedingungen im Bereich des **Lobbying** gestärkt werden, um somit mehr **Transparenz** zu schaffen ^[6]. Abseits staatlichen Eingriffs hat die **Kommunikationstechnologie** die Reichweite und Koordinationsfähigkeit schwacher Interessengruppen deutlich gestärkt. Durch das **Internet** besteht die Möglichkeit **Netzwerke** auch ohne große materielle Kosten aufzubauen und ein Forum für Öffentlichkeit zu schaffen ^[7].

Auflösungserscheinungen

In den letzten Jahren machten sich verstärkt Auflösungserscheinungen der traditionellen Verbandsstrukturen bemerkbar. Viele Bürger fühlen sich von keinem Verband wirklich vertreten und nehmen eine gewisse Repräsentationslücke innerhalb der politischen Landschaft wahr. Des Weiteren haben sich die Formen des Engagements von Verbandsmitgliedern stark gewandelt. Diese ziehen immer häufiger unverbindliche und zeitlich begrenzte Beteiligung einer langfristigen Mitgliedschaft vor ^[8]. Oftmals kann der Mangel an innerverbandlicher **Demokratie** zu Frustration unter den Mitgliedern führen. Die zunehmende Komplexität und **Interdependenz** von politischen Handlungsfeldern sowie politischen Entscheidungsprozessen erschwert die Verbandsarbeit vor allem für kleine **Organisationen** mit wenigen Ressourcen ^[9]. Hinzu kommt die Konkurrenzsituation zwischen den Verbänden, die verstärkt um das knappe Gut der Mitglieder werben.

Strategien der Verbände

Um den Auflösungserscheinung begegnen zu können, haben Verbände verschiedene Strategien entwickelt. Durch ein Appell an das Gemeinschaftsgefühl kann die Bereitschaft des einzelnen sich zu engagieren gestärkt werden. Auch die verstärkte Nutzung von **Massenmedien** zum Zweck der Öffentlichkeitsmobilisierung hat sich vor allem bei kurzfristigen Aktionen bewährt ^[10]. Einige Verbände versuchen durch die Durchsetzung einer gesetzlichen Beitrittsverpflichtung dem Mitgliederschwund zu begegnen. Jedoch kann auch durch das Angebot von **selektiven Anreizen** in Form von beispielsweise Dienstleistungsangeboten die generelle Attraktivität von Verbänden gestärkt werden ^[11]. Die Benachteiligung von Nichtorganisierten in Form von **Closed-Shop-Vereinbarungen** ist zwar gesetzlich nicht erwünscht, faktisch aber oft eine Strategie um Anreize für eine Verbandsmitgliedschaft zu schaffen ^[12]. Des Weiteren ist die Netzwerkbildung zwischen Verbänden mit ähnlichen Interessen zu einer bewährten Methode geworden, um trotz gesunkener Mitgliederzahlen weiterhin handlungsfähig bleiben zu können.

Quellen

1. ↑ Fraenkel (1991): Deutschland und die westlichen Demokratien, S.276
2. ↑ Rudzio (2006): Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, S.61f
3. ↑ Rudzio (2006): Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, S.65
4. ↑ Voelzkow (2007): Die Institutionalisierung der Politikbeteiligung von Interessenverbänden in Deutschland S.142
5. ↑ Voelzkow (2007): Die Institutionalisierung der Politikbeteiligung von Interessenverbänden in Deutschland S.143f
6. ↑ Willems/ von Winter (2007): Interessenverbände als intermediäre Organisationen. Zum Wandel ihrer Strukturen, Funktionen, Strategien und Effekte in einer veränderten Umwelt S.33
7. ↑ Willems/ von Winter (2007): Interessenverbände als intermediäre Organisationen. Zum Wandel ihrer Strukturen, Funktionen, Strategien und Effekte in einer veränderten Umwelt S.28f
8. ↑ Willems/ von Winter (2007): Interessenverbände als intermediäre Organisationen. Zum Wandel ihrer Strukturen, Funktionen, Strategien und Effekte in einer veränderten Umwelt S.32
9. ↑ Willems/ von Winter (2007): Interessenverbände als intermediäre Organisationen. Zum Wandel ihrer Strukturen, Funktionen, Strategien und Effekte in einer veränderten Umwelt S.23
10. ↑ Voelzkow (2007): Die Institutionalisierung der Politikbeteiligung von Interessenverbänden in Deutschland S.147
11. ↑ Rudzio (2006): Das politische System der Bundesrepublik Deutschland S.66f